

Deutschland.

Berlin, 6. März. Während in Hamburg die Kommission der Bundesbehörden beschäftigt ist, den Ursachen auf den Grund zu kommen, welche die belagerten Ereignisse an Bord des „Lord Brougham“ und des „Leibniz“ herbeigeführt haben, sind hier in Berlin patriotische Männer zu einem Verein zusammengetreten, welcher den Schutz und die Förderung der Interessen deutscher Auswanderer zum Zweck hat. Er will zunächst und vor allen Dingen durch Wort und Schrift, namentlich in der Tagespresse, vor übereilter Entschließung zur Auswanderung warnen und die Verhältnisse, die den Auswanderer in den überseeischen Ländern erwarten, in das rechte Licht stellen, den aber den dennoch auswandernden hinsichtlich seiner Verhältnissen am Besten entsprechenden Wahl der Reiseroute, der Beförderungsmittel, des Einschiffungshafens, der Reiseausrüstung und des Bestimmungsortes Anleitung zu Theil werden lassen; endlich will der Verein mit fremdländischen Vereinen gleicher Richtung in organische Verbindung treten, um dem an seinem Ziele angelangten Auswanderer den Schutz derselben und eine zuverlässige und unzweifelnde Leitung seiner weiteren Schritte zu gewährleisten, insbesondere aber auch demjenigen, in welchem der Wunsch zur Rückkehr lebendig geworden, die Verwirklichung desselben in jeder Hinsicht zu ermöglichen und zu erleichtern. Zur Erreichung dieser Zwecke will der Verein im deutschen Vaterlande, namentlich in den Einschiffungshäfen, Vertrauensmänner ernennen, welche an Ort und Stelle in seinem Sinne schaffen und wirken; ingleichen sich mit solchen, bereits bestehenden oder noch zu begründenden Auswanderungs-Unternehmungen und Niedereien in Verbindung setzen, welche ihm vollständige Bürgschaft geben, daß ihr Geschäft nur unter Beobachtung der von dem Vereine für richtig erkannten Grundsätze betrieben wird. Der Auswanderer, der sich an den Verein oder an seine Organe wendet, wird somit immer erfahren: ob sein Vorhaben unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt ausführbar und ob es rätlich und vernünftig ist. Der Auswanderer wird ferner den Vortheil haben, bei der Ankunft im Einschiffungshafen von einem Vertrauensmann in Empfang genommen zu werden, welcher ihm nachweist, wo er bis zur Einschiffung ohne Uebervorteilung angemessene Unterformen und gute Verpflegung findet und wo die Beschaffung des Geräthes für die Seereise und die Umwechslung des Reisegeldes im billigsten Maße erfolgen kann. Der Auswanderer wird endlich sicher sein, auch bei der Ankunft im Auslieferungshafen Landeute zu finden, welche im Auftrage des Vereins oder der mit ihm verbundenen Vereine handeln, ihn in Empfang nehmen, für sein vorläufiges Unterkommen sorgen und auch bei seiner etwaigen Weiterreise in das Innere des Landes ihn mit Rath und That unterstützen. Es ist selbstverständlich, daß der Auswanderer für solche ihm geleistete Dienste Nichts zu bezahlen hat. Man wird den humanen Absichten des Vereins allseitige Anerkennung nicht versagen. Für das ernste Streben, die vorgedachten Ziele zu erreichen, bürgen die Persönlichkeiten der Vereinsmitglieder (wir nennen hier nur den Geheim- und Ober-Regierungsrath Lüdemann, den Kapitän-Lieutenant Berendt, den Regierungs-Assessor Bübling, Baron v. Rade u. s. w.) und sicherlich wird dem Verein die kräftigste Unterstützung der Behörden nicht fehlen.

Der Abgeordnete Miquel hat an seine Wähler einen Rechenschaftsbericht gerichtet, in welchem er die Vorgänge der Session beleuchtet. In Beziehung auf die welfische Agitation sagt der Abgeordnete in demselben: So können wir mit dem Ergebnis der Landtagsverhandlungen recht zufrieden sein. Denn auch im Uebrigen sind vielfach sogar in reichlicherer Weise, als bisher, die Bedürfnisse der Provinz befriedigt. Die Erhaltungssätze, namentlich vieler mittleren und unteren Beamten, sind erhöht, die Verhältnisse der übrigen Beamten werden bald definitiv geordnet sein; zur Förderung der Landeskultur, der Gewerbe, zur Unterstützung der Schulen sind die bisherigen Verwendungen genehmigt. Dies Alles ist erreicht, obwohl die Agitation des Königs Georg und seiner Anhänger, die exorbitanten Summen, welche dem ersteren bewilligt werden mußten, in Verbindung mit dem Nothstande in einem Theile des Staates die Lage sehr erschweren. Wir müssen daher auch den Widerstand, den wir gefunden, mit Billigkeit beurtheilen. Für einen Abgeordneten aus den alten Provinzen lag die Frage sehr nahe, ob er es verantworten könne, so große Summen für eine Provinz zu bewilligen, deren Bewohner noch immer so vielfach feindselig gegen den Staat reden und handeln, und möglicher Weise größere Selbstständigkeit zu mißbrauchen geneigt sein könnten. Der hannoversche Partikularismus fordert den verhältnismäßig weit berechtigteren preussischen Partikularismus heraus und in einem solchen Kampfe müssen wir unterliegen. Jeder hannoversche Abgeordnete wird die Ueberzeugung von Berlin mitbringen, daß die welfische Agitation das Land auf das äußerste schädigen, ohne der Dynastie, für welche sie unternommen werden, irgendwie zu nützen. Gewähren wir dem Staate bereitwillig, was dem Staate gebührt, so wird dieser der Provinz, wie wir es sahen, auch nicht vorenthalten, was ihr zukommt. Ein unberechtigter Widerstand wird gebrochen, und dann bleiben gar leicht auch berechnete Wünsche unbefriedigt. Der besonnene Theil der Bevölkerung muß den Ausschreitungen nach allen Seiten hin im eigenen Interesse entgegen treten. Eine Rückkehr zum Alten ist jetzt gleich unmöglich und verderblich. — Auch alle diejenigen unter uns, welche ursprünglich lieber hannoversch geblieben wären, müssen dies doch jetzt erkennen.

Die in den Zeitungen mitgetheilte Nachricht, Graf Bismarck habe, durch mancherlei Zurücksetzungen gereizt, als Kanzler des norddeutschen Bundes den Botschafterrang bei Hofe in Anspruch genommen und erhalten, wird zum mindesten der Aufklärung be-

dürfen. Graf Bismarck hatte schon als Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Rang eines Botschafters und die hier beglaubigten Botschafter stellten ihm in Folge dessen beispielsweise stets den ersten Besuch ab.

Aus Amerika soll hier auf telegraphischem Wege die Nachricht eingetroffen sein, daß der Abschluß des Vertrages vom 22. Februar in Washington große Befriedigung hervorgerufen hat. An der Annahme des Traktats durch die gesetzgebenden amerikanischen Versammlungen wurde von vorn herein nicht gezweifelt.

Vom Main, 4. März. Ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“ schreibt: Da fast alle Mittheilungen über den bisherigen Aufenthalt des Prinzen Napoleon auf deutschem Boden an Irrthümern leiden, so gestatten Sie mir darüber ein paar Worte. Ein Frankfurter Telegramm läßt den Prinzen von Stuttgart kommen, was positiv falsch ist. Er kam am Sonntag Nachmittags auf dem Dampfschiffe, das er von Bingen aus benutzte hatte, in Mainz an, wo er übernachtete und von wo er Tags darauf nach Frankfurt fuhr. Er ist gestern Vormittags keineswegs mit einem Extrazuge nach Kassel gefahren, sondern mit dem gewöhnlichen 9-Uhr-Zuge, der kein Postzug ist. In Kassel rettet er vielleicht die verstümmelte Statue seines Onkels, eines Werkes von Canova, um deren Auslieferung der französische General-Konsul in Frankfurt mit der Regierung unterhandelt. Uebrigens findet der Prinz daselbst noch einige eigenthümliche Erinnerungen an die Zeit seines Vaters. Eine schlechte Tünche hat nämlich daselbst an einigen Straßenecken die früheren französischen Benennungen, welche damals die deutschen verdrängt hatten, wieder sichtbar werden lassen, so einen Place Napoleon und andere; Wilhelmshöhe hieß damals Napoleonshöhe. Das „alte Schloß“ in Kassel, welches König Jerome, der Vater des Prinzen, bewohnte, steht jedoch nicht mehr. Es ist abgebrannt und an seiner Stelle wurde 1820 der kolossale Bau der „Rattenburg“ begonnen, aber nicht vollendet.

Ausland.

Wien, 3. März. Das auf der Finanzfrage lastende Dunkel beginnt sich ein wenig zu lichten. Dennoch kann man behaupten, daß, was hinter dem gelüfteten Schleier zum Vorschein kommt, kein besonderes erfreuliches Bild ist. Dr. Brestl will den Banquerott nicht ansagen, aber er tritt ihm thatsächlich um einen gewaltigen Schritt näher. Er hat sich, wie es scheint, den Grundsatze gemerkt, welchen Herbst einmal in die Worte zusammenfaßte: „Von einem Banquerott redet man nicht, man macht ihn!“ So denkt auch der Finanzminister der Erblande, wie sehr er sich auch bei den Debatten im Abgeordnetenhaus, als durch den sogenannten „Ausgleich“ mit Ungarn den deutsch-slavischen Provinzen 115 Mill. Zinsen der Staatsschuld und 70 Prozent der gemeinsamen Ausgaben aufgebürdet wurden, mit allerhand schönen Redensarten gegen jede derartige Zumuthung sträubte. Wir machen nicht banquerott, bewahre, wir belegen nur die Zinsen der Staatsschuld mit Beschlag, indem wir sie durch eine ingeniöse Schraube ohne Ende, genannt Couponsteuer, konfiszieren und zwar, damit es nicht so wehe thut, bruchstückweise, wie jener weise Mann, der aus gleichem Grunde seinem Pudel alle Tage nur einen Zoll vom Schwanz abhaakte. Als der italienische Krieg ausbrach, da requirirte der Staat durch die Couponsteuer, welche im April 1859 erfunden ward, zunächst 5 pCt. der Zinsen, welche er den Gläubigern schuldet. Unter Schmerling wurden ihnen zwei weitere Prozente weggenommen; Plener bildete aus, was Bruck ersonnen. Brestl will jetzt die Couponsteuer — das ist vollkommen sicher und für die Besitze österreichischer Papiere im Auslande beachtenswerth — mittelst einer gewaltigen Erhöhung derselben zum Hauptdeckungs mittel für sein Defizit machen. Wie hoch er sie hinauf zu schrauben gedenkt, darüber verlautet noch nichts Bestimmtes, aber die projektirte Steigerung wird als hoch bezeichnet und ausdrücklich bemerkt, daß Brestl bei einer Vermehrung von 7 auf 10 pCt. nicht stehen bleiben, sondern darüber hinaus gehen werde. In 9 Jahren also hat die Couponsteuer sich verdoppelt. Geht es in dieser geometrischen Progression weiter, so dauert es nicht mehr gar lange, bis sie volle 100 pCt. beträgt, und dann ist es offenbar höchst überflüssig, wenn der Staat wegen Kapitalen, die ihm unländbar und unverzinslich zur Verfügung gestellt worden sind, sich mit einer Banquerotterklärung in bösen Ruf bringen wollte!

Wesib, 2. März. Die Führer der äußersten Linken sammeln im ganzen Lande Unterschriften zu einer Non-Res-Resolution wegen Wiederherstellung der reinen 1848er Verfassung. Es verlautet, sie wollen eine Million Unterschriften zusammenbringen.

Ugram, 2. März. In der Militärgrenze sind namhafte Reduktionen aller Auslagen bereits eingeleitet. Bei jeder Kompagnie werden von 18 Unteroffizieren 12 entlassen.

Brüssel, 4. März. Seit einiger Zeit nehmen die Schiffe, welche von Antwerpen nach Buenos-Ayres gehen, eine gewisse Anzahl von Auswanderern an Bord. Diese Auswanderer wollen, so glaubt man, am La Plata sich niederlassen; sobald sie jedoch am Bestimmungsort angelangt sind, werden sie zur brasilianischen Armee geführt und in dieselbe eingereiht. Die Anwerbung geschieht in Belgien, nicht etwa für diese oder jene Regierung, sondern durch Privatpersonen und für Rechnung von Privatpersonen. Die Agenten, die sich mit dieser Operation beschäftigen, nennen sich „Agenten für militärischen Erwerb“. Natürlich werden alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um die wahre Bestimmung dieser angeblichen Anwerber leugnen zu können. Sollte die Maßregel, welche die norddeutsche Regierung ergriffen hat, in Belgien nicht angewendet werden können? Das Privatinteresse der Waffenfabrikanten, der Werber und Aender, ja selbst das Interesse, das die Regierung an der Anregung zur Auswanderung von Leuten haben kann, deren Entfernung sie mit Vergnügen sieht, oder die Sympathie, die sie für einen der kriegsführenden Theile fühlen mag, alles dies kann niemals jene

Berathäumung der Pflichten der Neutralen rechtfertigen. Für Belgien ist die Beobachtung der internationalen Pflichten die sicherste Garantie seiner eigenen Rechte, seiner politischen Existenz als unabhängiger Staat.

Paris, 4. März. Alle Journale, welche das „Pays“ in seiner von der Regierung inspirirten Note angegriffen hat, haben ihm jetzt die Ermächtigung erteilt, die Papiere des La Barenne zu veröffentlichen. Das „Pays“ bringt heute darüber eine Bemerkung, worin es sagt, daß man ihm zuerst die Acte, welche es zur Veröffentlichung ermächtigt, zugesandt, sie dann aber wieder zurückgenommen habe. Dieses hat seine volle Wichtigkeit und ist dadurch zu erklären, daß Havin, welcher sich nicht in Paris befindet und bei dem man per Telegraph angefragt, ob er seine Zustimmung gegeben, zuerst geantwortet hatte, daß ihm das Urtheil des Ehrengerichts genüge. Als diese Depesche eintraf, so sandte man sofort zum „Pays“, um ihm die Ermächtigung zur Veröffentlichung der Papiere des La Barenne zu geben. Man kann daher erwarten, daß das „Pays“ endlich sprechen wird. Den Cassagnacs scheint es übrigens doch nicht ganz wohl zu sein, und Paul de Cassagnac — und dies macht dem Kaiser gerade keine Ehre — findet sich heute veranlaßt, daran zu erinnern, daß ihn Sr. französische Majestät wegen eines Pressvergehens schon einmal begnadigt habe und er sich deshalb eines vorsichtigen Auftretens bestreben müsse. Was de la Barenne anbelangt, so ist dieser jedenfalls ein merkwürdiges Subjekt gewesen; 1848 hatte er sich selbst einen hohen Posten — ich glaube, er hatte sich zum Kommandeur in dem Hotel de Ville ernannt — oktroyirt, wurde aber von der provisorischen Regierung in seiner Würde nicht gebildet, was ihn veranlaßte, die Republik mit Schmähschriften zu überhäufen. Da dies ihm aber nicht viel eintraug, so machte er sich zum Agenten der italienischen Regierung. La Barenne ließ sich von Cavour, Rattazzi und Konsorten Kommissionen für Frankreich geben. Er mag deshalb auch Geld für die französischen Blätter erhalten haben. Für Boitelle hatte er einen Orden verlangt; da dieser ihn aber nicht annahm, so sandte er ihn zurück, weil er nichts mit demselben anfangen konnte, während das G. L. B., welches er für die Journale erhielt und das er denselben vielleicht gar nicht einmal anbot, ruhig in seiner Tasche bleiben konnte, da man in solchen fiktiven Angelegenheiten nie Quittungen giebt.

Paris, 3. März. (N. Pr. Ztg.) Die Gesellschaft ist in diesem Winter viel stiller, als in den letzten Jahren, und eigentlich fangen die Gesellschaften erst jetzt an, einigermaßen zahlreich zu werden. Vorgestern hatten die Marschallin Gräfin Randon, die Herzogin von Istrien und Madame Tropolong (Präsidentin des Senates) Empfang. Morgen ist Hofkonzert, und auch die Konzerte bei Frau v. Galliere, die schon seit mehreren Jahren berüchtigt sind, beginnen wieder. Dienstags ist Empfang in allen Ministertien auf dem rechten Ufer der Seine, außerdem aber bei der Prinzess Mathilde und der Prinzess Julie Bonaparte. Mittwochs empfangen alle Minister und hohen Würdenträger auf dem linken Ufer der Seine; Donnerstags versammelt sich bei der Fürstin von Metternich eine sehr glänzende, bei der Herzogin von Hamilton und Chatelleraut eine sehr gewählte, bei dem alten Hrn. Guizot aber eine auserwählte Gesellschaft. Freitag hat man die Wahl zwischen dem General Fleury, dem Kunst-Mäcen Grafen Neuwirkerle und dem Marschall Grafen Regnault de Saint Jean d'Angely. Sonnabend macht die Prinzess Charlotte Bonaparte der Gräfin Hauffmann im Stadthause Konkurrenz. Madame Drouyn de Lhuys, eine italienische große Dame, ich kann mich nicht gleich auf den Namen besinnen, hat viermal jede Woche Empfang, vorher stets Diner. Der Minister des Auswärtigen, Marquis de Moustier, hat seine Gesellschaften unterbrochen; denn die Schwester seiner Gemahlin (Gräfin Nerode), die Fürstin dal Pozzo della Cisterna (Schwiegermutter des italienischen Prinzen Herzogs von Aosta) ist gestorben. Ihre einzige Tochter, die Herzogin von Aosta erbt ein unermeßliches Vermögen. Der Herzog von Pezigny hat seinen Empfangs-Abend noch nicht bestimmt.

Neapel, 29. Februar. Die bourbonnische Partei hat doch hier nicht so viel Einfluß, wie französische Blätter es glauben machen möchten. Zu den Gemeindevahlen, welche morgen hier stattfinden, ist kein einziger bourbonnischer Kandidat aufgestellt worden. Dagegen dauert die Währung während des Kupfer-Agio's noch immer fort. Die Regierung unterhandelt über die Fabrikation von 20 Millionen Kupfermünzen; aber höchstens 10 Mill. sind in Kurzem bereit.

Man hat so eben im Palast Farnese in einem Familienrath entschieden, daß der Graf von Caserta, der jüngere Bruder des Königs Franz, die Prinzessin Maria Antoinette von Bourbon, die älteste Tochter des Grafen von Trapani, heirathen soll.

Pommern.

Stettin, 7. März. Am 4. d. M. fand die 10. Sitzung des „Hülfs-Comités für Stettin und Umgegend“ statt. Der Vorschlag für die Woche vom 8. bis 14. d. wurde mit ca. 700 Thlr., also mit einer Ermäßigung von ca. 100 Thlr. gegen die Borwoche, festgestellt. Bredow ist bei der Gesamtsumme mit ca. 250 Thlr., bei der Ermäßigung mit ca. 50 Thlr. betheilig. Die Zahl der Familien, welche noch unterstützt werden sollen, ist auf ca. 1000 gefallen, die Kopfsahl auf ca. 3200. Die größten Antheile von diesen Zahlen haben Pommerensdorf (98 Familien), Oberwiel (81), Fort-Preußen (75), Tornet (90), Gründhof (116) und Bredow (146). Keiner der inneren Bezirke weist auch nur annähernd so hohe Zahlen auf. An Suppe sollen täglich ca. 1650 Portionen vergeben werden, an Brod, einmal die Woche, ca. 850 Stück, an Loif ca. 8000 Stück. Für die Bredower Krankenpflege wurden ca. 100 Thlr. in Anspruch genommen und bewilligt.

Table with multiple columns: Eisenbahn-Actien, Prioritäts-Obligationen, Preussische Fonds, Fremde Fonds, Bank- und Industrie-Papiere. Includes various stock and bond listings with prices and interest rates.

Familien-Nachrichten. Geboren: Eine Tochter: Herrn F. Knid (Stettin). Gestorben: Kunst- und Handelsgärtner Herr Stapel (Stettin).

Kirchliches. Am Sonntag, den 8. März, werden in den hiesigen Kirchen predigen: In der Schloß-Kirche: Herr Prediger Coste um 8 1/2 Uhr.

Neu-Tornei im neuen Betsaale: Um 4 1/2 Uhr Vorlesen. In der St. Lucas-Kirche: Herr Prediger Deide um 10 Uhr.

Aufgeboten: Am Sonntag, den 1. März cr., zum ersten Male: In der Jakobikirche: Herr Carl Johannes Alexander Ziele, Wäckerstr. hier.

Herr Aug. v. Herm. Carnuth, Kaufm. in Zülchow, mit Jungfrau Helene Matz, Antonie Ringlaff das. In der Gertrud-Kirche: Herr Ferd. Wilh. Gaster, Wäckerstr. hier.

Konkurs-Eröffnung. Königl. Kreisgericht zu Stettin; Abtheilung für Civil-Prozesssachen, den 6. März 1868, Vormittags 10 Uhr.

bis zum 17. April 1868 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, was Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte ebendarin zur Konkursmasse abzuliefern.

bis zum 17. April 1868 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnachst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals

auf den 5. Mai 1868, Vormittags 10 Uhr, in unserm Gerichtsstofale, Terminzimmer Nr. 11, vor dem genannten Kommissar zu erscheinen.

bis zum 31. August 1868 einschließlich festgesetzt und zur Prüfung aller innerhalb derselben nach Ablauf der ersten Frist angemeldeten Forderungen Termin auf den 15. September 1868, Vormittags 11 Uhr,

Nekrolog des Generals der Infanterie Heinrich v. Brandt. Heinrich v. Brandt wurde am 2. August im Jahre 1789 in Laki, in der jetzigen Provinz Westpreußen, geboren.

Lieutenant B. (le jeune et intrépide) dem der General en chef, Suchet, im Lazareth, wo er tödtlich verwundet lag, das Kreuz der Ehrenlegion übergab, das ihm der Kaiser für seine Bravour in der Schlacht von St. Maria (15. Juli 1809) verliehen hatte.

Kaiser stattand, und die Offiziere, welche befördert werden sollten, vorgelesen wurden, erkannte der Kaiser Brandt sofort, sagte ihm am Rückkopf, zog ihn vor, stellte ihn auf den rechten Flügel und sagte: „Celui-ci devait être capitaine à Paris, faites le capitaine adjutant-major.“

